

# BIETIGHEIMER ZEITUNG



BISSINGER ANZEIGER  
BISSINGER ZEITUNG  
SACHSENHEIMER ZEITUNG  
BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

Montag / Dienstag  
30. April / 1. Mai 2018  
18. Woche / Nummer 99  
Euro 1,80  
www.bietigheimerzeitung.de

SÜDWEST PRESSE Partner für den Landkreis Ludwigsburg · Unabhängiges und überparteiliches Presseorgan · ENZ- UND METTER-BOTE · BIETIGHEIMER TAGBLATT

## Aus Stadt und Kreis



### SG BBM steht an der Schwelle zur Ersten Liga

**Bietigheim-Bissingen.** Die Bietigheimer Zweitliga-Handballer bezwingen Wilhelmshaven souverän mit 36:29. Jetzt fehlt ihnen nur noch ein Sieg zum Aufstieg in die Eliteklasse. **Sport in der Region Seite 20**

### Den Relegationsrang fest im Visier

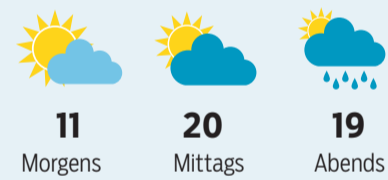
**Bietigheim-Bissingen.** Die Fußball-Oberligisten FSV 08 Bissingen und SGV Freiberg wahren mit ihren Siegen gegen Pforzheim und Bahlingen die Chance auf den zweiten Platz. **Sport in der Region Seiten 21/22**

### Steelers feiern mit ihren Fans

**Bietigheim-Bissingen.** Nach dem Gewinn der Meisterschaft feiern die Spieler der Steelers auf dem Gelände unterm Viadukt und in der alten Eishalle mit ihren Fans. **Bietigheim-Bissingen Seite 11**

## Das Wetter

im Landkreis Ludwigsburg



## Reden Sie mit!

Unsere Beiträge können Sie im Internet kommentieren und mit anderen Lesern diskutieren. Registrieren Sie sich auf [www.bietigheimerzeitung.de](http://www.bietigheimerzeitung.de)

Ihre Meinung ist auch auf Facebook gefragt: [www.facebook.com/bietigheimerzeitung](https://www.facebook.com/bietigheimerzeitung)

[bietigheimerzeitung.de/digital](http://bietigheimerzeitung.de/digital)

### So erreichen Sie uns:

**Leserservice**  
Telefon 07142 / 403-231  
Fax 07142 / 403-122  
leserservice@bietigheimerzeitung.de

**Anzeigen**  
Telefon 07142 / 403-555  
Fax 07142 / 403-125  
anzeigen@bietigheimerzeitung.de

**Kartenservice**  
Telefon 07142 / 403-666  
Fax 07142 / 403-167  
tickets@bietigheimerzeitung.de

**Redaktion**  
Telefon 07142 / 403-410  
Fax 07142 / 403-128  
redaktion@bietigheimerzeitung.de

**Druck- und Verlagsgesellschaft Bietigheim mbH**  
Kronenbergstraße 10  
74321 Bietigheim-Bissingen  
www.bietigheimerzeitung.de



## Messe Auto Mobil zieht die Besucher an

**Die Auto Mobil 2018** war an diesem Wochenende ein voller Erfolg. Tausende Besucher genossen in der Fußgängerzone und am Viadukt in Bietigheim-Bissingen einen Blick auf die neuesten Automodelle von 25 Herstellern. Vor allem am Sonntag strömten die Besucher in Scharen zur 13. Automobilmesse der Veranstaltergemeinschaft Bietigheimer Mediengesellschaft, Bietigheimer Zeitung und Karl-Heinz Klein. **Foto: Martin Kalb**

# Koalitionskrise: SPD setzt auf Neuwahlen

**Baden-Württemberg** Obwohl die Zukunft von Grün-Schwarz zunehmend unsicher ist, wollen die Genossen keine Deutschlandkoalition mit CDU und FDP.

Im Falle eines Bruchs der grün-schwarzen Regierung will die SPD-Spitze keine Deutschlandkoalition eingehen. Landeschefin Leni Breyer sagte beim Parteitag in Bruchsal, die Südwest-SPD habe eine klare Beschlusslage von 2016, wonach sie in dieser Legislaturperiode nicht mit der CDU koalieren werde. SPD-Fraktionschef Andreas Stoch sagte im SWR, Neuwahlen seien die wahrscheinlichste und die beste Option.

Wegen der Krise der grün-schwarzen Regierung un-

ter Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) wird spekuliert, dass das Bündnis bald platzen und eine Koalition aus CDU, SPD und FDP gebildet werden könnte. Während Breyer dies eine Schnapsidee nannte, drückte sich Stoch zunächst weniger klar aus. Beim Parteitag habe er aber gespürt, dass die SPD der Meinung sei, der Beschluss von 2016 sei richtig, sagte Stoch später.

Die SPD sieht sich in ihrer Kritik an Grün-Schwarz bestätigt. Stoch sagte, hinter der Fassade gebe es keinen Inhalt. Die

Koalition solle möglichst schnell Platz machen für eine neue Regierung. SPD-Landesgeneralsekretärin Luisa Boos sagte, die Geschichte von Grün-Schwarz sei zu einer Geschichte des Stillstands geworden.

Grün-Schwarz war durch den Streit über eine Reform des Landtagswahlrechts in eine Krise geraten. Die Reform war im Koalitionsvertrag vereinbart, scheiterte aber an der CDU-Fraktion. Breyer sagte, eine Reform sei eine Bedingung für die SPD für eine Regierungsbeteiligung nach einer

Landtagswahl. Beschlusslage sei, dass die SPD ein Wahlrecht mit Erst- und Zweitstimme wolle. FDP-Landtagsfraktionschef Hans-Ulrich Rülke entgegnete: „Wenn die SPD die Einführung der Zweitstimme bei der Landtagswahl als Voraussetzung dafür sieht, dass Baden-Württemberg wieder eine stabile Regierung bekommt, dann ist die FDP gerne bereit, diese Forderung zu erfüllen.“ **dpa**

**Die nächste Ausgabe dieser Zeitung erscheint feiertagsbedingt erst am 2. Mai.**

# Grüne fordern Bleiberecht für Pfleger

**Migration** Flüchtlinge, die einen Mangelberuf lernen, sollen Vorteile haben.

**Berlin.** Die Grünen fordern ein Bleiberecht für Flüchtlinge, die in der Pflege arbeiten. „Wir brauchen eine reguläre Aufenthaltsgenehmigung für Pflege- und die Helferberufe als Einstieg in ein Einwanderungsgesetz“, sagte der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck. In Pflegeheimen und Krankenhäusern fehlten Zehntausende Fachkräfte, zugleich schiebe

Deutschland auch Flüchtlinge ab, die in diesem Bereich eine Ausbildung machten. „Die Bundesregierung muss die Gesetzeslage entsprechend ändern.“

AfD-Parteichef Alexander Gauland bezeichnete den Vorschlag Habecks als absurd. „Es gibt mehr als ausreichend Pflegekräfte in Europa, die unseren Pflegenotstand beheben könnten“, sagte er. Die Deutsche Stif-

tung Patientenschutz hingegen unterstützte den Vorschlag im Grundsatz. „Zur Lösung des Pflegenotstands braucht es auch kreative Ideen“, sagte Stiftungsvorstand Eugen Brysch. „Wer als Flüchtling heute schon empathisch seinen Dienst leistet, der soll auch ein Bleiberecht in Deutschland haben.“ Habeck müsse allerdings die Frage beantworten, ob Flüchtlingen

die sofortige Abschiebung drohe, wenn sie dem Pflegealltag nicht standhielten.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will das geplante Pflegeprogramm aufstocken. „Mein Ziel ist, dass in jeder der 13 000 stationären Altenpflegeeinrichtungen zusätzliches Personal ankommt“, sagte er dem „Spiegel“. **dpa/afp**  
**Kommentar**

## Rasendes Reifenwunder

**Die deutsche Sprache** hat Besonderheiten, die einigen Probleme bereiten. Wortungetüme wie etwa Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz gehören dazu. Zackige Grrr- und K- und Ung-Laute reihen sich aneinander. Und Schachtelsätze, die schwierig zu lesen sind, die dennoch von vielen Schreibern benutzt werden, um dadurch unnötig Kommatas zu produzieren wie in diesem Satz, sind Usus.

Kein Wunder, dass Ausländer beim Lernen der Sprache ächzen. Es gibt aber ein Volk, das bei Deutsch frohlockt: China.

Dort verliebte sich eine Auto-Firma in das Wort „Weltmeister“ so sehr, dass sie ihre Marke so benannte. Zurzeit macht sie mit einem elektrischen SUV Furore, der statt der 90 000 Euro, die Tesla für sein Vorzeige-Modell verlangt, nur 15 000 Euro kostet. Klar ist der Name ein Verweis auf Joachim Löws Nationalkicker, aber nicht nur. Die Chinesen begründeten ihre Wahl so: „Weltmeister“ hat nur ein „r“. Deshalb können Landsleute, die das „r“ mit dem „l“ er-

setzen, den Namen leicht aussprechen.

Ein paar Begriffe fielen dadurch leider gleich aus. „Rasendes Reifenwunder“ zum Beispiel. Doch vielleicht könnte genau das – deutsche Worte für fremde Produkte – ein lukratives Geschäftsmodell sein. Statt selbst tolle Autos zu produzieren, leihen die Deutschen ihre Worte an ausländische Firmen aus. Dazu müssten sie allerdings ein paar „r“ streichen – oder besser: stehlen. **Dorothee Torebko**



## SPORT AKTUELL

**Fußball** Nach dem 1:0 in Leverkusen darf Bundesliga VfB Stuttgart vom Europapokal träumen.

**Fußball** Heidenheim gewinnt das Landesduell in der 2. Liga gegen Sandhausen verdient 2:0.

**Tennis** Karolina Pliskova triumphiert beim Grand-Prix-Turnier in Stuttgart, sie wird mit 113 060 Euro Preisgeld und einem Sportwagen belohnt.

## Einbrüche Koalitionskrach um Überwachung

**Berlin.** In der Debatte um erweiterte Befugnisse der Polizei im Kampf gegen Einbrecher hat der Vizechef der Unionsfraktion, Stephan Harbarth (CDU), der SPD „Realitätsverweigerung“ vorgeworfen. Die Union fordert, dass Maßnahmen zur Telekommunikationsüberwachung bei allen Fällen des Wohnungseinbruchsdiebstahls möglich sind. Justizministerin Katarina Barley (SPD) lehnte die Pläne unter Verweis auf die gesunkene Zahl der Einbrüche ab. **afp**

**Kommentar**  
**Thomas Block**  
zum Bleiberecht  
für Pflegekräfte



## Vorschlag greift zu kurz

Im Grunde hat Grünen-Chef Robert Habeck ja Recht. Deutschland braucht ein modernes Einwanderungsgesetz, Deutschland muss diskutieren, wie sich die hier lebenden Flüchtlinge integrieren lassen, und Deutschland muss Wege finden, die drohende Katastrophe in der Pflege abzuwenden. All das steckt in seiner Forderung, Flüchtlingen, die in der Pflege arbeiten, ein Bleiberecht einzuräumen. Und doch greift der Vorschlag zu kurz.

Mindestens 35 000 Pflegekräfte fehlen in Deutschland, Tendenz steigend. Schuld sind vor allem die Arbeitsbedingungen in den Pflegeheimen und Krankenhäusern der Republik. Das Gehalt ist zu niedrig, das Pensum zu hoch. Es braucht schon eine ordentliche Portion Idealismus, um als junger Mensch heute eine Ausbildung in der Pflege zu beginnen. Das muss sich ändern.

Ja, angesichts des akuten Mangels wäre jede Fachkraft, die das Land verlässt, ein herber Verlust. Doch die Lösung kann nicht sein, Menschen in die Pflege zu locken, die sich aus einer Notsituation heraus mit den schlechten Arbeitsbedingungen abfinden. Damit würde man es den Arbeitgebern und der Politik viel zu leicht machen.

## Milliarden für Bundeswehr?

**Rüstung** Von der Leyen verlangt deutliche Aufstockung ihres Etats.

**Berlin.** Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) fordert einem Zeitungsbericht zufolge zwölf Milliarden Euro mehr für die Bundeswehr in dieser Legislaturperiode. Diese Summe habe die Ministerin in den Haushaltsverhandlungen angemeldet, meldet die „Bild am Sonntag“. Der Plan des Finanzministers sehe bis zum Jahr 2021 eine Erhöhung des Wehretats um nur 5,5 Milliarden Euro vor. Die Verteidigungsausgaben sollen nach den bekannt gewordenen Planungen von rund 38,93 Milliarden Euro in diesem auf 42,4 Milliarden Euro im nächsten Jahr steigen. **afp**